

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gebrannter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Steuer per 50 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Saibacher Zeitung.

Amtslicher Theil.

Ihre Majestät die Kaiserin haben die Frauen:
Alara Fürstin zu Liechtenstein, geb. Gräfin von Sermage,
Amalie Frein von Hornstein, geb. Gräfin von Seilern,
Barbara Gräfin von Rothkirch, geb. Gräfin von Sweerts-Spork,
Therese Gräfin von Thun-Hohenstein, geb. Marchesa di Vagno,
Gabriele Gräfin von Attems, geb. Gräfin Wurmbrand,
Ottilie Gräfin von Enzenberg, geb. Gräfin Tannenberg,
Marie Gräfin von Mensdorff-Pouilly, geb. Gräfin Lamberg,
Sophie Gräfin Rzyaszewska, geb. Gräfin Stadion,
Aloisia Gräfin von Fünfkirchen, geb. Fürstin zu Liechtenstein,
Marie Gräfin von Harrach, geb. Fürstin von Lobkowitz,
Francisca Gräfin von Schönborn, geb. Gräfin von Trauttmansdorf,
zu Allerhöchsthren Palastdamen allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 28. April d. J. den Staatsminister Anton Ritter von Schmerling zum Kurator der I. I. Theresianischen Akademie allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Saibach, 1. Mai.

In der Samstagsitzung unseres Abgeordneten-Hauses haben drei Abgeordnete Krains, die Herren Brolich, Kromer und Toman gesprochen. Ersterer recapitulirte unter großer Unruhe des Hauses und öfter unterbrochen die Differenzen, welche sich in letzter Zeit zwischen der Regierung und der Opposition ergeben haben; Kromer sprach gegen die Oppositionsblätter, welche jeden Schritt, jede Intention des Ministeriums verdächtigen; Toman nahm sich der oppositionellen Presse an und erging sich in Anschuldigungen gegen die offiziöse Presse.

Wie der Sitzungsbericht erzählt, hat während der Rede des Abgeordneten Brolich viel „Heiterkeit“ und „Unruhe“ geherrscht; wir können uns das aus der eigenthümlichen Rede- und Ausdrucksweise des Redners wohl erklären. Allein die Opposition scheint durch das, was der Redner sagte, etwas zu sehr gereizt worden zu sein, weil sie sich zu dem Ruf verleiteten ließ: „Das ist eine Infamie.“ Es müssen recht unliebsame Dinge zu Tage gefördert worden sein, weil die Opposition so gar sehr entrüstet war. Nun greift aber die Opposition das Ministerium täglich an, sagt über dasselbe, wie über die ministerielle Partei alles mögliche Schlimme, und wenn ein ministerieller Redner ihr einmal einige unangenehme Dinge sagt, erklärt man es für eine Infamie. Die Immunität scheint demnach nur für die Opposition da zu sein! Und auffallend ist die Empfindlichkeit, die Irritabilität dieser Opposition, die im Kampfe mit ihren Gegnern bei diesen immer Gefühlslosigkeit vorauszusetzen scheint! Ganz dasselbe Verhältniß, wie zwischen offiziöser und oppositioneller Presse. Während diese für sich allein das Recht beansprucht, angriffsweise zu verfahren, schreit sie sogleich Zeter Mordio, wenn ein offiziöses Organ ihr einmal die Wahrheit sagt. Daß ein Abgeordneter aus Wien die offiziöse Presse angreift und sie verantwortlich macht für

die Haltung der oppositionellen Presse, [er sagt, die oppositionelle Presse wäre gemäßigter, wenn es keine offiziellen Blätter gäbe (!)], findet die Opposition ganz in der Ordnung; daß aber ein Abgeordneter aus Krain, wie einige oppositionelle Blätter höh'nisch hervorheben, die Haltung der oppositionellen Blätter tadelt, erregt tiefgehende Entrüstung. Uns scheint, die liberale Gesinnung der Opposition ist eine merkwürdig einseitige und beschränkte. Sie hat noch nicht gelernt, gegnerische Ueberzeugungen zu achten.

Bei all' der Unerquicklichkeit, welche in dem letzten Sitzungsberichte bemerkbar, ist doch auch ein Fortschritt wahrzunehmen. Die ministerielle Partei rührt sich, sie steht muthig für ihre Ueberzeugungen ein. Das dürfte zur Besserung der Verhältnisse viel beitragen.

Die Ermordung Lincoln's.

Die Post hat eingehende Berichte gebracht über die schrecklichen Frevelthaten, deren Schauspiel am 14. April (am Charfreitag) das Theater zu Washington und die Wohnung des Ministers Seward waren. Wir lassen zuerst die Depesche des amerikanischen Kriegsministers, Herrn Stanton, an den Gesandten der Vereinigten Staaten in London, Herrn Adams, folgen; sie ist aus Washington den 15. April datirt und lautet also:

Sir! Es ist meine traurige Pflicht, Ihnen zu melden, daß gestern Abend Se. Excellenz Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, ungefähr um halb 11 Uhr in seiner Privat-Loge im Ford's Theater in der Stadt erschossen worden ist. Etwa um 8 Uhr begleitete der Präsident seine Gemalin in's Theater. Noch eine andere Dame und ein anderer Herr befanden sich bei ihnen in der Loge. Ungefähr um halb 11 Uhr während einer Pause trat der Mörder in die Loge, deren Thür unbewacht war, näherte sich rasch von hinten dem Präsidenten und feuerte ein Pistol auf seinen Kopf ab. Die Kugel drang in den Hinterkopf und ging beinahe ganz durch das Haupt. Der Muechelmörder sprang sodann aus der Loge auf die Bühne, schwang mit dem Rufe: „Sie semper tyrannis!“ ein großes Messer oder einen Dolch und entwichte hinten aus dem Theater. Gleich nachdem der Schuß abgefeuert worden war, fiel der Präsident bewußtlos zu Boden und blieb bis 7 Uhr heute Früh, wo er seinen letzten Athemzug that, in diesem Zustande. Ungefähr um dieselbe Zeit, wo der Mord im Theater verübt ward, erschien ein anderer Muechelmörder an der Thür der Wohnung des Herrn Seward, erlangte Zutritt unter dem Vorgeben, daß er eine von seinem Arzte verordnete Medizin zu überbringen und ihm zu übergeben habe, und eilte in das Zimmer im dritten Stocke, wo Herr Seward lag. Dort bemerkte er Herrn Frederik Seward (Sohn), versetzte ihm einen Hieb über den Kopf, brachte ihm mehrere Wunden bei und zerschmetterte dessen Schädel an zwei Stellen. Die Wunden sind, wie man fürchtet, tödtlich. Darauf stürzte er in das Zimmer, wo Herr Seward, der von seiner jungen Tochter und einem Krankenwärter gepflegt wurde, im Bette lag. Der Krankenwärter erhielt einen Stich durch die Lungen und wird vermuthlich sterben. Der Mörder versetzte hierauf Herrn Seward mit einem Messer oder Dolche zwei Stiche in den Hals und zwei in's Gesicht und brachte ihm furchtbare Wunden bei. Um diese Zeit erreichten Major Seward, ältester Sohn des Staatssekretärs, und ein Diener das Zimmer und eilten dem Staatssekretär zu Hilfe. Auch sie wurden in dem Kampfe verwundet und der Muechelmörder entwichte. Keine Arterie oder wichtiges Blutgefäß ward durch eine der dem Staatssekretär beigebrachten Wunden durchschnitten; aber er war lange in Folge des Blutverlustes ohne Besinnung. Man hegt einige Hoffnung, daß sein

Leben gerettet werden könne. Gleich nach dem Tode des Präsidenten ward der Vorfall dem Vize-Präsidenten Johnson angezeigt, der sich zufällig in der Stadt befand und auf den die Präsidentenwürde nun übergeht. Er wird heute sein neues Amt antreten.

Der Mörder des Präsidenten ist entdeckt worden und Beweise sind an den Tag gekommen, daß diese furchtbaren Verbrechen die Ausführung einer reiflich überlegten Verschwörung waren, welche die Rebellen unter dem Vorwande angezettelt hatten, den Süden zu rächen und der Sache der Rebellen Vorschub zu leisten. Doch hofft man, der direkten Thäter habhaft zu werden. Das durch diese Verbrechen verursachte Gefühl ist so stark, plötzlich und überwältigend, daß ich gegenwärtig nicht mehr thun kann, als Ihnen die Thatfachen mitzutheilen. Der Präsident Lincoln hatte gestern so früh wie möglich einen Kabinettsrath einberufen, welchem General Grant beizuhohnte. Er war heiterer und fröhlicher, als ich ihn je zuvor gesehen hatte, freute sich auf die nahe Aussicht eines festen und dauerhaften Friedens im Innern und mit dem Auslande, gab in auffallendem Grade das Wohlwollen und die Menschlichkeit seines Wesens kund, so wie den milden und zum Vergeben geneigten Geist, der ihn so sehr auszeichnete. Es war öffentlich angezeigt worden, daß er und General Grant im Theater erscheinen würden und die Gelegenheit, den General-Lieutenant der Zahl der zu ermordenden Opfer hinzuzufügen, würde ohne Zweifel zur Ausführung der Pläne benutzt, welche offenbar seit einigen Wochen vorbereitet worden waren. General Grant jedoch war verhindert, zu erscheinen und entging so dem gegen ihn gerichteten Attentate. Ich brauche nichts über den Einfluß zu sagen, welchen diese schreckliche Ermordung des Präsidenten möglicher Weise auf die Angelegenheiten unseres Landes ausüben wird; nur so viel will ich bemerken, daß die Frevelthaten, zu welchen die Feinde des Landes ihre Zuflucht genommen haben, voraussichtlich in keiner Weise die Vaterlandsliebe unserer Landesleute schwächen oder die vollständige schließliche Niederwerfung der Rebellion verzögern werden. In tiefem Schmerze über die Ereignisse, welche Ihnen mitzutheilen meine Pflicht war, habe ich die Ehre u. s. w. Edwin M. Stanton.

Weiteren Nachrichten entnehmen wir noch Folgendes: Präsident Lincoln befand sich Charfreitag Abend in Ford's Theater zu Washington, als kurz vor 11 Uhr ein Mann sich als angeblicher Ueberbringer von Depeschen Grants Zulass zu seiner Privat-Loge verschaffte und ihn von rückwärts durch den Kopf schoß, mit einem gewöhnlichen einkäufigen Pistol. Der Mörder sprang aus der Loge auf die Bühne und rief aus, einen Dolch schwingend: Sie semper tyrannis! Ehe in der fürchterlichen Bestürzung Jemand die Geistesgegenwart hatte, ihn zu verfolgen, entwichte er durch die Seiteneingänge der Bühne. Der Präsident verschied acht Stunden später, um 32 Minuten nach 7 Uhr am 15. Morgens. Die gräßlichen Vorgänge in der Wohnung Seward's werden von amerikanischen Blättern genau so erzählt, wie in der obigen Depesche. Die Aufregung und der Schrecken über die Missethaten sind ungeheuer. General Anger, der militärische Kommandant von Washington, hat einen Preis von 10.000 Doll. auf die Verhaftung der Mörder, die nach verübter That auf bereitstehenden Pferden entkommen sein sollten, gesetzt und sehr wahrscheinlich ist die Verhaftung eines derselben bereits erfolgt. Wegen den arretirten Schauspielern J. Wilkes Booth (einen fanatischen Sezessionsisten und Bruder von Edwin Booth) liegen die stärksten Verdachtsgründe vor. In seinem Koffer ist ein Brief vorgefunden worden, aus dem hervorgeht, daß die Mordthaten schon vor dem 4. März beabsichtigt worden, aber wegen der Zaghaftigkeit eines Mitverschworenen bisher nicht ausgeführt worden waren.

Ex-Präsident Jefferson Davis hat vor seiner Flucht aus Richmond noch die dortigen Banken mit-
tels eines Zwangsanklehens geplündert und auf diese Weise eine Viertelmillion Dollars für sich in's Trockene gebracht. Wie gemeldet, befand er sich noch am 6. d. M. in Danville, und seine weitere Flucht wurde durch die Operationen der Stoneman'schen Bundesreiterei (von Thomas' Armee) behindert, welche die Eisenbahn zwischen Danville und Greensboro (Nord-Carolina) zerstört haben sollte.

50. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 28. April.

(Schluß.)

Abg. Berger sucht es zu erklären, woher es komme, daß die Justiz bei gemischten Bezirksämtern leide. Die Ursache sei, daß der Vorsteher, welcher der politischen Behörde unterstehe, sich nicht gerne mit Justizgeschäften befaße. Der Beamte, welcher die Justizgeschäfte zu besorgen hat, sei das Äschenbrödel des Bezirksamtes, sagt Redner, und ergeht sich in eine humoristische Schilderung eines gemischten Bezirksamtes.

Abg. Kellersperg wendet sich gegen die Behauptung Prestl's, daß faktisch eine Verminderung der Geschäfte der Statthalterei eingetreten sei; bei der kistenländischen Statthalterei sei eine Vermehrung um ein Achtel eingetreten. Der praktische Vortheil, der den Statthaltereien entsand, war leider nicht die Aufhebung auch nur eines Departements, denn die Wohlthätigkeitsanstalten waren nebenbei im Sanitäts-Departement behandelt worden, und darin war ohnedieß nur ein Konzipist zugetheilt, diesen einen Konzipisten nun auch zu nehmen, war unmöglich. Was den Landesfond betrifft, so war er in einem kleinen Departement zugleich mit anderen Kassageschäften verwaltet und es war demnach nicht möglich, das Departement ganz aufzulösen.

Redner schildert das Gemeindeleben in den südlichen Ländern und zeigt, daß dort durch die Einführung der autonomen Gemeinde die Arbeiten der Bezirksämter nur vermehrt wurden. Der Versicherung Herbst's gegenüber, er sei ein Mann aus dem Volke, könne er nur versichern, auch er sei ein Mann aus dem Volke. Trotzdem müsse er sagen, daß Herabminderungen, wie sie der Ausschuss beantragt, nicht möglich sind. — Redner nimmt die Bezirksämter gegen die Anschuldigung Berger's in Schutz und schildert die Ersparungen, welche er als Leiter der böhmischen Statthalterei im Auftrage der Regierung durchführte. — Redner erklärt schließlich, er sei in das Haus getreten mit dem festen Vorsatz, nur seiner Ueberzeugung zu folgen, und er würde sich nicht scheuen, der Ministerbank entgegenzutreten, wenn es seine Ueberzeugung verlange; aber in dieser Frage könne er nur ihren Anschauungen beipflichten. Er verwende täglich 3—4 Stunden, um mit verschiedenen Leuten zu sprechen und ihre Ansichten zu vernehmen, und er habe die Ueberzeugung, daß die Bevölkerung von der Nothwendigkeit und dem wohlthätigen Wirken der politischen Behörden durchdrungen sei.

Abg. Streit gibt eine ziffermäßige Darstellung der Agenden und Stücke, welche von den gemischten Bezirksämtern speziell im juristischen Theile ihrer Thätigkeit jährlich erledigt werden und zeigt, daß die Zahl der Beamten im Verhältnisse zu den Arbeiten eine geringe sei. Die Folge davon ist, daß faktisch die Erledigungen verzögert werden.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters ergreift

Minister v. Lasser nochmals das Wort, um zu zeigen, daß seit 1864 . . . 416.000 fl. auf den Etat der politischen Verwaltung übernommen wurden, welche früher auf andern Etats lasteten und stellt dies der Erwägung des Hauses anheim.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag angenommen.

Es wird sodann die Einstellung der von dem Staatsministerium nachträglich verlangten 80.000 fl. zur Milderung des Nothstandes in Galizien einstimmig angenommen.

Titel 7, „Strafanstalten“, beantragt der Ausschuss im Ordinarium 1.608.774 fl., im Extraordinarium 49.561 fl., zusammen mit 1.658.335 fl. zu bewilligen.

Abg. Brinz. Im Ausschuss habe er an den Verwaltungsminister die Frage gerichtet, ob es wahr sei, daß der ablaufende Vertrag mit den grauen Schwestern in der Strafanstalt in Schwaz erneuert werden solle. Der Minister erwiderte, es handle sich nicht um eine Erneuerung, sondern um eine Entschädigungsverhandlung. — Redner glaubt aber versichern zu können, daß die dortige Statthalterei Alles zur Erneuerung des Vertrages gethan habe und er begreife nicht, woher die Differenz zwischen den Thatsachen und der Antwort des Ministers liege.

Minister v. Lasser: Der mit dem Orden der grauen Schwestern dort bestandene Vertrag läuft mit

1. August d. J. ab, da aber normirt sei, daß der Vertrag ein Jahr gekündigt werden müsse, widrigenfalls er in Kraft bleibe, so ergebe sich die Nothwendigkeit der Erneuerung und der Statthalter habe eine Kommission niedergesetzt, welche die Bedingungen der Erneuerung berathen soll. Ueber den Gang dieser Berathungen habe er noch keine Nachricht. — Der Minister erklärt ferner, er sei, als er im Ausschusse interpellirt wurde, nicht in Kenntniß dieser Thatsache gewesen, der Grund liege in der Geschäftsvertheilung des Staatsministeriums.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Titel 8, „Staatsbeitrag zu Findelanstalten.“

1. Niederösterreich 320.293 fl. davon 160.146 fl. vorschussweise;

2. Tirol 52.957 fl., jedoch nur vorschussweise;

3. Dalmatien 54.473 fl., jedoch nur vorschussweise.

Abg. Haslwanger spricht dagegen, daß für Tirol der Beitrag nur vorschussweise geleistet werden soll. Redner beruft sich darauf, daß die Findelanstalt in Folge a. h. Reskripts gegründet wurde, welches den a. h. Willen zur Gründung ausdrückte, und citirt die über diesen Gegenstand stattgehabten Verhandlungen des Landtags und die diesfalls gefaßten Beschlüsse. Er beantragt die Weglassung des Zusatzes: „jedoch nur vorschussweise.“

Abg. Lesani stellt denselben Antrag bezüglich Dalmatiens.

Abg. Herbst replicirt und vertheidigt den Ausschußantrag.

Abg. Ingram unterstützt den Antrag Haslwanger.

Minister v. Lasser sagt für die nächste Session des engeren Reichsraths eine diese Verhältnisse regelnde Gesetzesvorlage zu.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Ein weiterer Antrag des Ausschusses, welcher dahin geht, auszusprechen, daß im folgenden Jahr das Haus für diesen Titel nichts mehr bewilligen werde, wird einstimmig abgelehnt.

Die Sitzung wird halb 3 Uhr geschlossen.

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 29. April.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Lasser, Hein, Burger, Sektionschef v. Kalchberg, später Meszery.

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der eingelaufenen Petitionen ergreift

Abg. Berger das Wort. Die Kunde von dem tragischen Geschehnisse Lincoln's habe die Bevölkerung tief erschüttert. Oesterreich habe stets Sympathien für die Sache der Nordstaaten gehabt und gezeigt. Der Mann, der jetzt Präsident der freien Staaten ist, habe es vor Kurzem auf dem Kapitol zu Washington anerkennend ausgesprochen, daß Oesterreich, welches jeder gewaltsamen Umwälzung Feind ist, seine Sympathien für den Norden stets bewährte. Er beantragt, der Präsident möge das Haus auffordern, durch Aufstehen von den Sigen sein Mitgefühl für das tragische Geschehnisse Lincoln's und seine Sympathie für die Nordstaaten auszudrücken.

(Das Haus erhebt sich von den Sigen. Die Minister hatten ihre Sige als Abgeordnete eingenommen.)

Man schreitet zur Fortsetzung der Berathung des Etats des Staatsministeriums, Abtheilung: „Politische Verwaltung.“

Berichterstatter Dr. Taschel.

Titel 9, „Baubehörden“ wird mit einem Ordinarium von 559.046 fl., Extraordinarium von 12.486 fl. ohne Debatte angenommen.

Titel 10, „Straßenbau“ beantragt der Ausschuss in 16 Paragraphen mit 5.200.000 fl. Ordinarium, 411.795 fl. Extraordinarium, zusammen 5.611.795 fl.

Marineminister v. Burger befürwortet das für Krain mit 20.610 fl. präliminirte Extraordinarium auf 40.610 fl. zu erhöhen und motivirt diesen Antrag mit der Nothwendigkeit des Baues von Straßen, um Verbindungen mit der Eisenbahn herzustellen.

Da der Minister den Antrag als Abgeordneter stellte, muß die Unterstufungsfrage gestellt werden; der Antrag wird unterstützt.

Abg. Brolich unterstützt den Antrag. Die Straße, um welche es sich handle, gehe durch drei Kronländer, Krain, Küstenland und Dalmatien, es sei eine Reichsstraße, um deren Ausbau es sich handle und die Regierung verlange diese 20.000 fl., um die letzte Hand an diese Straße legen zu können. Gleich beim Zusammentritte der Session erhoben sich Stimmen: „Man müsse sparen.“ Das Haus sprach in der Finanzlage ein ernstes Wort, setzte auf seine Fahne die Devise „Sparen“, die gewiß einstimmig angenommen wurde. Die Regierung kam dem Hause eben so offen entgegen und sagte: „Ja, sparen — bis an die Grenze des Möglichen.“ Dem offenen Entgegenkommen der Regierung begegnete man nicht

mit Vertrauen. Nachdem die Regierung und die Volksvertretung einig im erhabenen Ziele des Sparens waren, hätte man glauben sollen, sie könnten über die Mittel und Wege nicht uneinig sein. Das ist dennoch nicht geschehen und wir sind auf einem Standpunkte angelangt, von welchem aus eine eigene Epoche der parlamentarischen Verhältnisse datiren wird. Auch ich war in den Ferien in meiner Heimat. Was fragte man mich? „Wann wird das Budget für 1865 fertig sein?“ (Rufe links: Dann soll man nicht reden! Unruhe.)

Ich bitte, meine Herren: mich nicht zu unterbrechen, ich habe auch Sie nicht unterbrochen, als Sie vor einigen Wochen den erledigten Thron von Schleswig-Holstein besetzten, als Sie mit den schwersten Geschützen die befreundeten Staaten Preußen und Rußland bombardirten (Unruhe und Heiterkeit), aus dem einfachen Grunde, weil ich keine auswärtige Politik treibe. Ich unterbrach Sie auch damals nicht, als ein Apparat in das Haus gebracht wurde zur Erledigung der ungarischen Frage, ein Apparat, welchen ich für eine Höllemaschine halte, welcher, in Bewegung gesetzt, vollkommen geeignet ist, das schöne und mächtige Oesterreich in kleine Stücke zu zerreißen. Ja nicht einmal damals unterbrach ich Sie, als vor einigen Tagen das h. Haus Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister das einstweilen besetzte Ministerium der Justiz angetragen hat, als dieses Haus bischöfliche Visitationen vornahm, Frauenklöster besuchte, entlaufene Mädchen nachließ. (Rufe links: Oho! Heiterkeit, Unruhe.)

Meine Herren! unterbrechen Sie mich nicht; Sie werden mir auch die gleiche Rücksichtslosigkeit gestatten, deren Sie sich bedient haben, und noch mit viel bederbeter Zunge, als ich es thun kann. (Heiterkeit.) Ich gehe nun zu meinem Antrage über und da muß ich offen gestehen, ich gab mir alle Mühe, in ruhiger, bescheidener Weise den Antrag im Hause durchzusetzen. Ich suchte die Mittel hiezu und glaubte, es würde das Beste sein, wenn ich mich mit den Herren von der Opposition verständige; ich suchte unter ihnen Propaganda zu machen. (Heiterkeit.)

„Das ist alles schön“, sagt man mir, „Ihr Antrag mag noch so begründet sein, allein an der Fahne, zu der wir geschworen, müssen wir festhalten, denn wir wollen die Anträge des Finanzausschusses nicht fallen lassen.“ (Oho! und Unruhe links.) Das habe ich, meine Herren! erfahren. (Rufe links: Aber nicht, um es hier wieder zu erzählen! Hört, hört, Unruhe.) Ich bitte um das freie Wort, meine Herren! was ich erfahren habe, erlaube ich mir dem Hause mitzutheilen. (Rufe: Hört! Hört! Abg. Groß: „Das ist eine Infamie!“)

Meine Hoffnung, den Antrag durchzusetzen, wurde in ihren Grundfesten erschüttert. Ich gab sie vollends auf, als ein hochgeachteter Staatsmann bei einer Gelegenheit, die ich wohl nicht näher zu bezeichnen brauche, dem Staatsminister offen erklärte, das Ministerium habe das Vertrauen des Hauses vollends verloren, und könne in Finanzsachen nur dann auf die Nachgiebigkeit des Hauses rechnen, wenn es über den §. 13 befriedigende Erklärungen abgebe.

Ich frage nun, was das Ministerium damals verschuldet hat. Das größte Verbrechen, welches es begangen hat, bestand darin, daß es offen erklärte, an der Verfassung, welche wir als hochherziges Geschenk erhalten haben, festhalten zu wollen, so lange, bis dieselbe nicht auf verfassungsmäßigem Wege geändert wird, eine Erklärung, die jeder Patriot mit Befriedigung annehmen muß. Allein was sagt man da? „Das Ministerium sei reaktionär, der §. 13 sei ein Paragraph, welcher seine übrigen Brüder auf einmal zu verschlingen drohe. Das Ministerium kennt eine solche Grausamkeit nicht, es lüftet ihm nach dieser Bruderpeise nicht und das Ministerium hatte auch keinen Anlaß, diesen Paragraph zu streichen, oder ihn streichen zu wollen. Endlich sagt man weiter, das Ministerium ist fort und fort in Minorität, es soll doch endlich abtreten.“ (Ruf: „Zur Sache!“ Unruhe.) Ich muß aufrichtig gestehen, ich habe mich selbst gewundert, wie die Minister unter den fortwährenden Ausfällen und beleidigenden Ausdrücken, die gegen sie gebraucht werden, noch bleiben können. Wenn ich den Kriegsminister betrachte, so dachte ich mir oft, er würde sich auf dem Felde der Ehre lieber den Kanonenkugeln entgegenstellen, als hier die Angriffe ertragen. (Gelächter.) Nachdem so viele Expektationen im Hause geschehen sind, warum sollte ich hiezu nicht auch das Recht haben? (Gelächter.)

Ich dachte mir, was kann dieß für ein Grund sein, der das Ministerium zu bleiben bewegt? So niedrig wird wohl Niemand denken, ohne sich selbst zu erniedrigen, daß die Gehalte es sind. Vielleicht die Ehre also? Nun gereicht es aber hier zur größten Schande, ministeriell zu sein. Meine Herren! Ich bin noch zu anderen Schlüssen gekommen. Der Grund muß etwas Heiligeres, Erhabeneres sein. Ich halte dafür, es ist die Erkenntniß von Seite des Ministeriums, daß Oesterreich in einer kritischen Lage sich befindet, und in dieser, in dem Patriotismus, in

seiner Liebe und Treue zu dem allerh. Herrn finde ich den Grund hiezu. Dieß ist es, was dem Ministerium die Kraft verleiht, trotz dieser heftigen Ausfälle noch auf seinen Sigen zu bleiben, die seine Brust gegen diese Angriffe stählen. Doch Sie, meine Herren (zur Linken gewendet), können allerdings Ihren Zweck erreichen, denn der Faden der übermenschlichen Geduld muß endlich doch reißen, wenn daran immer gezogen wird. Allein ich frage, was folgt denn dann? Männer mit den Grundsätzen von 1860? Ich halte es nicht für möglich, denn die Wunden, welche im Jahre 1860 dem Staate geschlagen wurden, die bluten noch viel zu frisch, als daß ein solches Ministerium möglich wäre. Nun nach parlamentarischer Sitte sollte man glauben, die Herren von der Opposition wären dazu berufen.

Ich für meine Person habe wohl Bedenken auch dagegen. Wenn ich mich daran erinnere, was der gefeierteste Redner von Seite der Opposition gleichsam mit Ostentation in diesem Hause verkündet hat: „Das Staatsschiff muß mit vollen Segeln vorwärts“; wenn ich nun weiter bedenke, daß die sogenannte freie, unabhängige Presse, welche in vielen Fällen, wo ein Zerwürfniß zwischen dem Hause und dem Ministerium drohte, warnend dazwischen trat und uns zurief, ja nicht va banque zu spielen, wenn ich bedenke, daß die Presse der Opposition Beifall zufließte, wenn ich bedenke, daß sie sogar die gegenwärtige Opposition noch in ihren Angriffen gegen die Minister unterstützte; wenn ich aber andererseits in Betrachtung ziehe, daß auch ein ganz unabhängiges Journal, dessen Referat nicht zu verachten ist, sich ganz anders ausspricht, wenn dieses Journal dem Ministerium Schmerling zum Vorwurfe macht, daß es den Prinzipien des Jahres 1789 huldige, andererseits aber dieses hohe Haus geradezu beschuldigt, daß es diese Prinzipien mit Sturm nehmen will: — dann, meine Herren, muß ich wohl denken, daß ein aus diesem Hause berufenes Ministerium ganz sonderbare Anträge zur ersten Ministerkonferenz bringen könnte, so z. B. der Justizminister die unbeschränkste Pressfreiheit, wie sie noch in keinem Staate war . . .

Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Aeußerungen wohl vollkommen berechtigt sind, aber nicht ganz zu dem Titel „Straßenbau“ passen.

Abg. Brolich fährt fort und sagt, er wolle nur zeigen, daß ein Ministerium aus der gegenwärtigen Opposition, welches denselben Vorgang beobachten würde, den die Opposition jetzt eingeschlagen hat, unhaltbare Zustände schaffen würde. Redner geht dann wieder auf die in Frage stehende Straße über und zeigt, daß diese Ausgabe von 20.000 fl. nicht fruchtlos ausgegeben würde, die Straße würde so zur Belebung des Handels und Verkehrs in den südlichen Provinzen derart beitragen, daß diese 20.000 fl. bald hereingebracht würden.

Abg. Pratobevera erwidert auf einige Bemerkungen Brolich's und sagt, es sei wahr, daß er bei einer vertraulichen Besprechung, welche in den Räumen des Staatsministeriums stattfand, offen erklärt habe, der Ausgleich zwischen der Opposition und der Regierung würde leicht erzielt, wenn das Haus über einige wichtige Fragen der Politik Vernünftigkeit gewänne und habe dabei auf den §. 13 hingewiesen. Redner rechtfertigt die von mehreren Seiten gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Unloyalität und Undankbarkeit und sagt, er müsse es über sich ergehen lassen, wenn man sein Vergehen als solches ansehen wolle, er hoffe aber, daß dereinst ein milderer Urtheil über ihn gefällt werden würde.

Abg. Kellersperg zeigt die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Reichsstraße im Süden, bezeichnet die Umlegung derselben als dringend geboten. Die Kosten dieses Baues würden reiche Zinsen tragen.

Abg. Christian Rinsky: Es sei dringend nothwendig, das Land mit dem Meere zu verbinden. Man werde ihn nicht für einen Ministeriellen halten, wenn er den Antrag des Marineministers unterstütze und er glaube, die Opposition verberge ihren Prinzipien nichts, wenn sie diesmal für einen Antrag stimme, der von der Ministerbank ausgeht.

Abg. Dobrila unterstützt ebenfalls den Antrag des Marineministers.

Der Berichterstatter verteidigt den Anschlagsantrag, er glaube, die Straße könne mit der vom Ausschusse präliminirten Summe gebaut werden.

Minister v. Lasser weist eine Aeußerung des Berichterstatters, daß der Straßenschotter zu Zwecken der Justiz verwendet wurde, auf das Entschiedenste zurück. Die dem Staatsministerium für Zwecke des Straßenbaues bewilligten Summen seien nie für Zwecke der Justiz verwendet worden, selbst dann nicht, als er zugleich Leiter des Justizministeriums war. Die Rechnungslegung werde dies klar zeigen. Der Minister erklärt, es sei ihm nicht möglich, eine Straße bauen zu lassen, gegen welche sich das Haus ausspricht, indem es die Mittel nicht bewilligt, wenn auch durch das zwischen den Kronländern bewilligte Virement die Mittel durch Ersparung auf anderer Seite

erzielt werden können. Er werde die Straße nur dann ausführen lassen, wenn das Haus durch Annahme des Antrages Bürger die Mittel bewilligen werde.

Bei der Abstimmung wird der Anschlagsantrag mit dem von dem Marineminister beantragten Zusage angenommen, daß die für diesen Titel bewilligte Ziffer 5,631.795 fl. betrage.

Titel 11, „Wasserbau“, beantragt der Ausschuss mit 1,600.000 fl. Ordinarium, 800.000 fl. Extraordinarium, zusammen 2,400.000 fl.

Minister v. Lasser betont die Nothwendigkeit der Virements bei diesem Titel, da kein Dienst so kompliziert sei, wie der der Straßen- und Wasserbau-Verfahren. Ein von dem Berichterstatter erwähnter Fall der Ueberschreitung des Präliminars, welcher im Jahre 1862 vorgekommen, sei kein vereinzelter, dies sei durch die Nothwendigkeit gerechtfertigt und werde sich wohl noch öfters wiederholen. (Der Anschlagsantrag wird angenommen.)

Titel 12, „Landesgendarmarie“, wird mit 1,563.463 fl. Ordinarium und 193.872 fl. Extraordinarium ohne Debatte angenommen.

Titel 13, „Neubauten für politische Verwaltung und Strafanstalten“, Extraordinarium 100.000 fl. (Angenommen.)

Titel 14, „Offizielle Zeitungen“, Ordinarium 320.000 fl. (Wird angenommen.)

Titel 15, „Allgemeiner Dispositionsfond“, beantragt der Ausschuss mit 200.000 fl. — Die Regierung beansprucht einen Betrag von 500.000 fl.

Abg. Tschabuschnigg spricht gegen den Anschlagsantrag. Redner erklärt sich für die Streichung des ganzen Titels, nicht nur aus Ersparungsrücksichten, sondern auch deshalb, weil nach seiner Ansicht die Regierung wiederholt Wünsche und Ansichten des Hauses nicht berücksichtigt. Sollen die von den Rednern der Opposition gegen die Regierung gerichteten Aeußerungen den Werth akademischer Reden übersteigen, so müsse der Rede die That folgen. Die Bewilligung des Dispositionsfondes sei ein Vertrauensvotum, und so lange die Regierung die mit so großer Majorität in der Adresse niedergelegte Ansicht nicht beachte und der Majorität gegenüber eine Stellung festhalte, welche in anderen Staaten ganz unmöglich sei, könne das Haus ein solches Vertrauensvotum nicht aussprechen. Redner findet, die einzige sichtbare Wirkung dieses Fonds sei die Subvention offiziöser Zeitungen, welche er einer Kritik unterzieht. Die Artikel dieser Zeitungen erfreuen sich, nach der Ansicht des Redners nur bei ihren Verfassern großer Beliebtheit und hätten den Nachtheil, daß ihre Protektoren zuletzt das glauben, was darin steht. Die Staatsmaschine werde ihren Weg fortsetzen, auch wenn der Dispositionsfond nicht bewilligt wird. Die Staatsrechnung des absoluten Oesterreichs zeige keinen solchen Fond, auch in den ersten Jahren des Verfassungslebens sei nichts verlangt worden. Er erkläre sich daher für die Streichung dieses Fonds.

Abg. Berger: Wenn er für die Anschlagsanträge spreche, so thue er dies nicht aus Sympathie für den Dispositionsfond, sondern, weil ein Theil des Jahres bereits verflossen und die Regierung wahrscheinlich Verträge abgeschlossen, die sie nicht augenblicklich lösen könne. Redner weist darauf hin, daß der Staatsminister im Vorjahre die Bewilligung des Fonds als Vertrauensvotum aufgefacht habe. Heuer sei dies anders, nach der Erklärung des Ministers in der Generaldebatte über das Budget, sei die Frage keine Vertrauensfrage, sondern eine rein finanzielle. Daß die Zwecke des Dispositionsfondes wenig andere sind, als die Unterstützung von offiziösen Zeitungen, sei so ziemlich Jedem klar, wenn auch die subventionirten Zeitungen sich dagegen wehren, daß sie Subventionen empfangen. Redner beschuldigt die offiziösen Zeitungen, daß sie durch ihren Ton die oppositionelle Presse irritiren und provoziren und diese zur Heftigkeit verleiten. Die oppositionelle Presse wäre gemäßigter, meint Redner, wenn es keine offiziöse Presse gebe. Redner geht in eine herbe Kritik der von dem Dispositionsfond beschäftigten Persönlichkeiten über, und sagt schließlich, die offiziöse Presse sei daran schuld, daß die gute und schlechte Presse sich gegen die offiziöse vereinen und man daher keinen Unterschied machen könne zwischen der guten und schlechten Presse. Auch für das objektive Strafverfahren macht Redner die subventionirte Presse verantwortlich und zeigt, welche Paragrafen der Strafprozeßordnung das objektive Verfahren verlege. Daß der Dispositionsfond auch noch zu andern Zwecken verordnet wurde, z. B. zu ultramontanen, glaubt Redner ebenfalls zu wissen. Der Dispositionsfond sei etwas, was man nicht ausbilden, sondern restringiren und schließlich auf Null reduciren müsse. Er befürwortet daher heuer den Anschlagsantrag anzunehmen und im nächsten Jahre nichts mehr zu bewilligen.

Abg. Ingram: Die Frage des Dispositionsfonds habe eine doppelte Seite, eine finanzielle und eine politische. Die Höhe der verlangten Summe übersteige die direkte Steuer manches Kronlandes.

Preußen nehme einen zehnmal geringeren Betrag in Anspruch. Was die politische Seite betrifft, so sehe er die Nothwendigkeit derartiger Ausgaben nicht ein; auch habe die Regierung die Nothwendigkeit nicht begründet. In früheren Jahren habe man einen solchen Fond nicht gekannt. Die Zwecke, welche man erreichen wolle, scheinen ihm die Bewilligung nicht zu befürworten. Redner hält es für zwecklos, wenn die Regierung Korrespondenzen in ausländische Zeitungen bezahle, und bemerkt, man habe gesagt, die Regierung verwende auch den Fond, um für den Ausgleich mit Ungarn und Kroatien zu arbeiten, aber er glaube, sie werde selbst das Verwerfliche solcher Mittel einsehen. Auf die Frage des Vertrauens eingehend, glaubt Redner auf die Adresse hinweisen zu können, welche kein Zeichen von besonderem Vertrauen gewesen sei. Redner spricht dann unter großer Unruhe des Hauses und für die Gallerie ganz unverständlich über die Folgen des objektiven Strafverfahrens.

Abg. Szabel: Er habe im Ausschusse folgenden Antrag gestellt: „In Erwägung, daß der Dispositionsfond für verschiedene Bedürfnisse aufzukommen hat, in fernerer Erwägung, daß für mehrere Centralstellen, die keinen Dispositionsfond besitzen, aus diesem Fonde Anshilfen geleistet werden müssen, und in Voraussehung, daß dieser Fond nur zum Theil für Zwecke der Tagespresse bestimmt sei, wird beantragt: Für den allgemeinen Dispositionsfond 400.000 fl. zu bewilligen.“

Dieser Antrag sei im Finanzausschusse nicht zur Abstimmung gelangt, weil ein anderer, auf geringere Summe hinielender früher angenommen worden sei. Er bringe den Antrag daher jetzt im Hause ein. Man habe im Hause zu sehr das Schwergewicht auf die Subvention der Presse gelegt, was um so unrichtiger ist, als nach den gepflogenen Verhandlungen sich ergeben habe, daß andere politische Zwecke diesen Fond nothwendig machen. — Der Charakter einer Entwicklungsperiode mache einen solchen Fond nothwendig und rechtfertige die Höhe desselben. Auch der Umstand, daß das Jahr bereits vorgerückt und der Fond schon bedeutend angegriffen sei, empfehle die Annahme seines Antrages.

Der Antrag wird unterstützt.

Abg. Kromer: Die Nothwendigkeit einer penuniären Intervention bei den Zeitungen wäre überflüssig, wenn wir in geordneten Verhältnissen leben und die Blätter ihre patriotische Aufgabe mit Ueberzeugungstreue erfüllen würden. Der Staat befinde sich, von finanziellen Kalamitäten ganz abgesehen, noch immer in dem Uebergangsstadium vom absoluten zum Verfassungsstaate. Neben den Parteien, von welchen eine für die Föderation, die andere für den Dualismus kämpfe, agitiren noch die verschiedenen Nationalitäten und die gegen jede Neuerung mißtrauischen Konfessionen für die Geltendmachung ihrer präsumirten Rechte und Vorrechte. Dieses gleichzeitige Aufwogen so vieler nationaler und konfessioneller Konflikte, bemerkt Redner, ist kein Pulschlag des geregelten Staatslebens, ein Prozeß, aus welchem der Staat mit genauer Feststellung der politischen und nationalen Rechte erst nach vieljährigen Kämpfen sich entwickeln kann. Jede der Parteien benützt alle Mittel, namentlich die Presse. Die Regierung hat in diesen vielen Kämpfen einerseits die Rechte der Krone, andererseits das gleiche Recht Aller vor Uebergriffen zu wahren, und so sind sie gerichtet. Die Regierung muß den vielseitigen Angriffen mit allseitig ausreichenden Kräften begegnen, daher auch den öffentlichen Blättern verschiedener Parteien mit gleichen Waffen entgegenzutreten. Schon diese Sachlage begründe derzeit die Nothwendigkeit und Pflicht der Regierung, auf die öffentliche Meinung thunlichst aufklärend und versöhnlich einzuwirken und zur Erreichung der angestrebten Zwecke der Presse größere Opfer zu bringen.

Ich bemerke, daß die Ersparung von derlei Ausgaben auch durch die Voraussehung bedingt ist, wenn die inländischen Blätter ihrer Aufgabe in Besprechung öffentlicher Angelegenheiten mit Ueberzeugungstreue und patriotischem Pflichtgefühl nachgehen. Doch wird dieser Bedingung auch wirklich entsprochen und können wir der derzeitigen Richtung der Presse nach unparteiischer Ueberlegung auch aufrichtige Zustimmung zollen? Ueber die offiziöse Presse hat Abg. Berger bereits sein Urtheil mit großem Sarkasmus gesprochen. Es erübrigt für mich nur die oppositionelle; ich kann diesen Witz dabei nicht aufheben, werde mich jedoch thunlichst der Wahrheit befleißigen.

Ich anerkenne den Einfluß unserer Presse auf die öffentliche Meinung, ich habe volle Achtung für jedes Blatt, welches diesen Einfluß in der Vertretung der Wahrheit zur Förderung einer gedeihlichen Aufklärung verfolgt; allein welcher loyale und besonnene Mann kann es billigen, wenn in einzelnen inländischen Blättern fast jeder Schritt, jede Intention der Exekutive verdächtigt, getadelt, mitunter gar unwürdig entstellt wird, daß den Trägern der Regierungsgewalt Mangel an Energie, an staatsmännischer Reife so beharrlich vorgeworfen wird, daß nicht nur

die finanzielle Lage des Staates, sondern die ganze Finanzgebarung fortgesetzt in den grellsten schwarzen Farben geschildert, daß der unheimliche Nationalitätenhader in aufregenden Artikeln noch immer genährt, daß endlich unsere Verfassung unter allerlei Suppositionen als bloße Scheinverfassung hingestellt wird, und daß dies Alles zu einer Zeit geschieht, wo wir zur Ausöhnung der Parteien, zur Wiederbelebung des allgemeinen Vertrauens und zur Kräftigung Oesterreichs auch des redlichen, patriotischen Mitwirkens der inländischen Blätter so dringend bedürfen. Ich verlange keine servile, sondern eine freie unabhängige Presse, aber auch eine besonnene berufs- und überzeugungstreue Presse. Dient man denn der Wahrheit und dem öffentlichen Interesse, wenn man seine eigene Ueberzeugung den Parteimuttrieben und Sonderbestrebungen opfert und diesen, Söldnern gleich, durch Dick und Dünn unbedingt folgt; wenn man die Anhänger der Regierung als solche öffentlich verdächtigt, das Vertrauen in die Leiter der Regierung planmäßig untergräbt? Dies ist doch kein der hochwichtigen Aufgabe der Presse angemessener Wirkungskreis, dieses erbärmliche, gemeinschädliche Treiben, welches an die Ausschreitungen des Jahres 1848 und dessen traurigen Folgen recht lebhaft erinnert. Solche Blätter vertreten nicht, sie mißdeuten die öffentliche Meinung, untergraben das Vertrauen des Volkes und machen unter unseren Verhältnissen einen dauernden Fortbestand jeder liberalen Regierung unmöglich. Diese unbesonnenen Angriffe tragen das meiste Verschulden, daß unser Einfluß und Kredit im Auslande erschüttert ist. So lange wir uns in einer solchen Lage befinden, kann ich nur die Bewilligung einer für derlei Zwecke erforderlichen Dotation auf das Wärmste befürworten. Für diese Blätter ist der ernste Mahnruf zur Umkehr dringend geboten. Ich weiß, daß von mir betretene Feld ist weniger anlockend und dankbar, als jenes des Vorredners, welcher gegen die objektive Maßregelung der Presse mit sachgewandten Worten auftrat; doch man mag meinen Zuruf wie immer mißdeuten, die leichtgläubigen Massen täuschen, mehr besonnene, tiefer blickende, einsichtsvolle Männer dürften mir zustimmen. (Einzelne Bravo in Zentrum und auf der Ministerbank.)

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Presburg, 30. April. Der Kaiser hat dem Wetzrennen beigewohnt. In seiner Begleitung erschienen der Herr Erzherzog Wilhelm und die Adjutanten Crenneville und Passy. Viele Magnaten, Fremde und Wiener, überhaupt an 10.000 Menschen, sind am Rennplatz anwesend. Das Wetter ist prachtvoll. Der Kaiserpreis beträgt 200 Dukaten. Der Kaiser kommt sofort zurück; er wurde mit lebhaftem Eisen begrüßt. Ein besonderer Empfang war vorbehalten. (V. J.)

Ausland.

Berlin, 29. April. Der heutige „Staatsanzeiger“ schreibt: Der Leitartikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Vernichtung der Volksvertretung Schleswig-Holsteins wird von den öffentlichen Blättern Inspirationen der Regierung zugeschrieben. Die Voraussetzung sei irrig und in einer Beziehung der Regierung zur Presse nicht begründet. Die Staatsregierung stehe nur mit dem „Staatsanzeiger“ in solchen Beziehungen, daß sie die Verantwortlichkeit für dessen Gesamt-Inhalt übernehmen könne.

Turin, 23. April. In finanziellen Kreisen herrscht seit gestern eine große Bestürzung. Man hat nämlich gefunden, daß eine große Anzahl gefälschter Schatzscheine, auf namhafte Beträge lautend, im Umlauf ist, und daß deren besonders viele von Paris zum Inlasse hieher gesendet wurden. Die eifrigsten Nachforschungen sind im Zuge, und man versichert sogar, daß man bereits den Fälschern auf die Spur gekommen ist.

Aus **Ägypten**, Anfang April. Ueber die Unruhen in einem Theile Ägyptens schreibt der bekannte Aquarellmaler Herr Karl Werner an Herrn Heinrich Brockhaus folgende interessante Details: „Es gährte schon lange unter der mohammedanischen Bevölkerung: Unzufriedenheit mit der Regierung im Vereine mit dem alten unauflöslichen Christenhaß. Die Empörung begann am 27. Februar in der Provinz Gau. Der erste Akt von Gewaltthätigkeit wurde an dem Regierungsdampfer Thehelie ausgeübt, der eine Kaufmanns-*Thahabije* mit zwei griechischen Kaufleuten in Schlepptau führte. An einer Stelle, wo sie wegen des niedrigen Wasserstandes sehr nahe am Ufer fahren mußten, erschossen sie den Steuermann des Dampfers, verwundeten den zweiten schwer am Knöchel des rechten Fußes, wodurch der Dampfer zum Stehen gebracht wurde, den sie erkletterten, den Kapitän seiner Baarschaft beraubten, sammt der Mannschaft ans Land schleppten und eben erschießen wollten, als plötz-

lich in einiger Entfernung Militärmusik ertönte. Der Medir der Provinz Gau, welcher den Ausbruch der Empörung gefürchtet, hatte schnell gehandelt und schon früher auf telegraphischem Wege sich Truppen erbeten, die glücklicherweise eben ankamen. Diese Töne verursachten einen panischen Schrecken unter den Empörern, die sich beeilten, die nahen Gebirge zu erreichen, mit Zurücklassung der Gebundenen, aber noch lebenden Gefangenen. Fünfhundert der Aufständischen wurden aber von den Soldaten abgeschnitten, umzingelt und sofort erschossen, unter ihnen der sogenannte Heilige *Achmed-el-Tajib*, welchen wir nebst einem andern Scheich später am Ufer des Nil an einer Sykomore aufgeknuipft sahen, als warnendes Beispiel für das Volk; sein Name und Verbrechen war auf ein Stück Papier geschrieben und an seiner Brust befestigt.

In Sohag, zwischen Girfeh und Siut, hörten wir bereits einiges über den Aufstand und wurden von dem dortigen Gouverneur *Omer Pascha* benachrichtigt, daß von Cairo Befehl gekommen, alle europäischen *Tahabijen* bis auf Weiteres in Sohag zurückzuhalten, um dieselben vor Vererbung und Unglück zu bewahren. Wir mußten uns gefallen lassen, drei Tage daselbst auszuhalten, am Abend des dritten Tages kam der Dampfer *Thehelie*, der uns bis Dachtä ins Schlepptau nahm. Dort war das Lager des *Fadel Pascha* und *Schahim Pascha*, welche vom Vizekönige mit mehreren tausend Soldaten hinaufgeschickt waren, um den Aufstand mit kräftiger Hand zu unterdrücken.

Wir nahmen Abschied von den Befehlshabern der Truppen, und als wir aus dem Zelte getreten waren, sahen wir einen unglücklichen Fellah circa 80 Schritte vom Zelte entfernt am Boden liegen, die Fußsohlen gegen uns gelehrt, mit seinem braunen Gewande das Gesicht bedeckt, der soeben durch einen Schuß von den Soldaten getödtet worden war.“

New-York, 12. April. Der bisherige Vizepräsident hat um 11 Uhr heute Morgens den Präsidenteneid in die Hände des Obergerichters *Chase* abgelegt; Minister *McCulloch*, Attorney-General *Speed* u. A. waren zugegen. Hr. *Andreas Johnson* sagte u. a.: Die Pflichten sind jetzt die meinigen. Ich werde sie ausführen. Die Folgen stehen bei Gott. Meine Herren, an Sie werde ich mich anlehnen. Ich fühle, daß ich Ihrer Unterstützung bedürfen werde. Einen tiefen Eindruck macht auf mich die Feierlichkeit der Gelegenheit und die Verantwortlichkeit des Amtes, welches ich anrete.“ Hr. *Johnson* trat würdig auf und ließ bei den Anwesenden einen sehr günstigen Eindruck zurück. Vom gestrigen Tage wird gemeldet, daß General *Grant* sein Hauptquartier nach Washington verlegt hat. R. Lee ist in Richmond angekommen. Die Stärke der Armee, welche Lee an *Grant* übergab, wird verschieden auf 8000 und 30.000 Mann angegeben. General *Fitzhugh Lee* ist nicht gefallen, sondern gefangen genommen worden. — General *Weitzel* ist von dem Kriegsminister seines Kommando's in Richmond enthoben worden, weil er die Einwilligung zu einer Versammlung der virginischen Legislatur gegeben hatte. — Die Flotte soll sofort reduziert werden, und General *Grant* hat den Kriegsminister angeblich versichert, daß die Heeresausgaben sich jetzt schon ohne Gefahr um eine Million per Tag reduzieren lassen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 2. Mai.

Gestern wurde hier der letzte Sprosse des alten krainischen Adelgeschlechts von Rauber, das 86 Jahre alte Stiftsfräulein *Anna v. Rauber*, begraben.

— Der gestern begonnene Maimarkt ist sehr schwach besucht. Auch auf dem Viehmarkt waren wohl Verkäufer genug, aber keine Käufer erschienen.

— Gestern Nachmittag um 5 Uhr spielte die Musikkapelle des Regiments *Ludwig* in *Waltich*. Se. kaiserl. Hoheit der Herr Erzherzog *Ernst*, die Generalität und viele Offiziere waren zugegen. Ein ziemlich zahlreiches Publikum hatte trotz der Kühle im Freien Platz genommen.

— Heute Nacht ist ein leichter Reif gefallen, der jedoch der Vegetation keinen Schaden zugefügt hat.

— Unter großem Andrang des Publikums begann Samstag vor einem Fünfrichter-Collegium in Graz die Schlussverhandlung gegen *Joseph Haring* und Genossen ob *Menchelmord*. Der aus *Stenz* gebürtige 25 Jahre alte *Kaislersohn* und Schuhmacher *Joseph Haring*, erscheint dieses Verbrechen als unmittelsbarer Thäter, dessen Bruder *Anton Haring* (23 Jahre alt) und die 58jährige, verwitwete *Wutter Barbara Haring* als Mithschuldige angeklagt. Der *Menchelmord* wurde an dem Grundbesitzer *Franz Rentmeister* in gräßlicher Weise verübt. *Joseph Haring* ist des *Menchelmordes* schuldig und zum Tode durch den Strang, *Anton Haring* ob *Mithschuld* am

Menchelmord zu 7 Jahren schweren Kerkers verurtheilt. *Barbara Haring* wurde von der Anklage freigesprochen.

— Die Südbahngesellschaft hat nach allen Stationen auf der Strecke *Mürzzuschlag-Laibach* für die gemischten Züge Nr. 71 und 72 die Einführung von Fahrkarten dritter Klasse zu dem ermäßigten Preise von zwölf Kreuzern pr. Person und Meile, vom 16. Mai d. J. an, beschlossen, was, da der Tarif 18 kr. ist und der *Agiozuschlag* berücksichtigt werden muß, einer Ermäßigung von 40 pCt. gleichkommt.

— Die vor einiger Zeit gemeldete, von der Südbahn beabsichtigte Einführung einer neuen Organisation des Verkehrsdienstes, welche schon in der ersten Hälfte des vorigen Monats ins Leben treten sollte, scheint verschoben oder aufgegeben zu sein. Es war bei dieser Organisation hauptsächlich darauf abgesehen, das *Reklamationsverfahren* zu erleichtern.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 2. Mai. (Abgeordnetenhaus.) *Sodt* hielt einen zweistündigen Vortrag über die Geschichte der Zollverhandlungen seit 1860, setzte die Vortheile des neueren, zum freieren Handel übergehenden Vertrages auseinander, und betonte, derselbe werde besonders Ungarn, Kroaten, Slavonien und Italien in den Reichsrath führen. Das Haus folgte dem Vortrage mit gespanntester Aufmerksamkeit.

Die Eröffnung der Ringstraße hat bei herrlichem Wetter stattgefunden.

Der Haupttreffer der 1860er Loose mit 300.000 fl. fiel auf Serie 7046, Nummer 12; der Treffer mit 50.000 fl. auf Serie 13.262, Nummer 14.

Aus Paris kommen Gerüchte von *Palmerston's Tod*.

Turin, 29. April. Der Senat hat den ersten Artikel des Armee-Rekrutierungs-Gesetzes verworfen; demzufolge bleiben die Seminaristen auch in Zukunft vom Militärdienste befreit.

Paris, 30. April. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht das Dekret, welches der Kaiserin während der Abwesenheit des Kaisers den Titel einer Regentin verleiht.

Sainte Beuve ist zum Senator ernannt worden.

Lyons, 29. April. Der Kaiser ist mit Enthusiasmus empfangen worden und hat der heutigen Theatervorstellung beigewohnt.

London, 30. April. (N. Fr. Pr.) Nachrichten aus New-York, 19. April, melden: Die Leiche *Lincoln's* ist mit großem Pompe bestattet worden. *Seward*, Vater und Sohn, befinden sich besser. Präsident *Johnson* hat öffentlich die Erklärung abgegeben: Die Verräther wird die verdiente Strafe treffen; Schonung gegen Individuen üben, welche offenbare Mithschuldige sind, hiesse an dem Vertrauen des Volkes sich versündigen. *Lafayette-Forster*, welcher zum Vice-Präsidenten ernannt wurde, erklärte, wenn die öffentliche Meinung Strenge fordert, übe sie nur Gerechtigkeit.

Präsident *Johnson* hat sich mit General *Grant* ins Einvernehmen gesetzt und sind in Folge dessen in Virginien zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Der Mörder *Seward's*, ein Individuum Namens *Suratt*, und mehrere Complicen desselben wurden verhaftet. Es ist erwiesen, daß ein umfassendes Complot bestand. Man erinnert sich, daß verdächtige Individuen am Tage der Ermordung *Lincoln's* auch den Vice-Präsidenten und andere hochgestellte Personen aufgesucht haben.

Zur obersten Leitung der zu ergreifenden Sicherheitsmaßregeln soll General *Butler* berufen werden.

Jefferson Davis hat sich von *Danville* nach *Georgia* geflüchtet. Auf *Wilkes Booth* wird in Maryland Jagd gemacht.

Die von General *Weigel*, dem Kommandanten von *Richmond*, erlassene Ordre, welche den Zutritt der Legislatur Virginien's gestattet, ist von der Bundesbehörde annullirt worden.

New-York, 19. April. (N. Fr. Pr.) *Mobile* ist nach hartnäckiger Gegenwehr seitens der Konföderirten von den Bundestruppen unter den Generalen *Canby* und *Oranger* genommen und besetzt worden. Die Besatzung, aus ungefähr 15.000 Mann bestehend, wurde größtentheils gefangen genommen.

General *Sherman* treibt *Johnstone* vor sich her. Ein Theil der Armee des Generals *Grant* und die *Thomas'sche* nebst *Sheridan's* Cavallerie stehen ihm im Rücken. In einigen Tagen wird *Johnstone* mit seiner ganzen Armee in den Händen der Bundestruppen sein. Der Krieg ist damit abgeschlossen.